

Der Freie Schwarzwälder

Wildbader Anzeiger und Tageblatt

mit Erzähler vom Schwarzwald.



Erscheint an allen Werktagen. Abonnement in der Stadt vierteljährlich M. 1.35 monatlich 45 Pf. Bei allen wärtl. Postanstalten und Boten im Orts- u. Nachbortortverkehr vierteljährlich M. 1.35, ausserhalb desselben M. 1.35, hierzu Bestellgeld 30 Pf. Telefon Nr. 41.

Amtsblatt für die Stadt Wildbad. Verkündigungsblatt der Kgl. Forstämter Wildbad, Meistern, Enzklosterle etc. während der Saison mit amtlicher Fremdenliste.

Inserate nur 8 Pfg. Ausserhalbige 10 Pfg., die Kleinspaltige Garmondzelle. Reklamen 15 Pfg. die Zeile. Bei Wiederholungen entspr. Rabatt. Abonnements nach Vereinbarung. Telegramm-Adresse: Schwarzwälder Wildbad.

Nr. 25.

Dienstag, den 1. Februar 1910.

27. Jahrg.

Das Ergebnis des englischen Wahlkampfes.

Friede, Freihandel, Fortschritt.

Das Gesamtergebnis der englischen Parlamentswahlen liegt zwar noch nicht vollständig vor, da in einigen englischen Wahlkreisen die Entscheidung erst im Februar fällt. Diese Wahlen werden aber an dem Gesamtergebnis nichts ändern. Vorläufig haben noch die Unionisten einen Vorsprung von einer Stimme gegenüber den Liberalen. Es ist keineswegs ausgeschlossen, daß das Gesamtergebnis den Liberalen einige Mandate mehr einträgt als den Unionisten; dies würde aber praktisch nichts zu bedeuten haben. Ein Vorsprung von einigen wenigen Stimmen gegenüber den Unionisten würde den Liberalen noch lange keine Mehrheit bringen, sie sind angewiesen auf die Hilfe der Arbeiterpartei und der irischen Nationalisten.

Nach den bis jetzt gemeldeten Wahlergebnissen fehlen noch die Ergebnisse aus 27 Wahlbezirken; die Unionisten verfügen bisher über 264, die Liberalen über 263, die Arbeiter über 40 und die irischen Nationalisten über 76 Sitze. Die Mehrheit, die die Liberalen mit der Arbeiterpartei und den Nationalisten gegenüber den Unionisten besitzen, beläuft sich auf 115 Mandate. An dieser Tatsache werden die noch ausstehenden Wahlergebnisse nichts ändern, ebenso ist es sicher, daß die Liberalen mit der Arbeiterpartei allein nicht die Mehrheit im neuen Unterhause erhalten werden.

In numerischer Hinsicht stellt das Ergebnis der jetzigen Parlamentswahlen gegenüber den Wahlen des Jahres 1906 für die Liberalen einen großen Rückschlag dar. Damals wurden 373 Liberale, 168 Unionisten, 46 Mitglieder der Arbeiterpartei und 83 irische Nationalisten gewählt. Die Liberalen allein hatten also im vorigen Parlament eine stützliche Mehrheit, trotzdem waren sie zur Unfähigkeit verurteilt, weil das veto des Oberhauses jede größere von ihnen in Angriff genommene gesetzgeberische Aktion lahmlegte.

Die Auflösung des Unterhauses erfolgte hauptsächlich wegen der Oberhausfrage, der Wahlkampf stand unter der Parole: „Gegen das Oberhaus“. Wenn nun die Wahlen eine Mehrheit für diese Parole ergeben haben, so muß dieser unbedingt Folge gegeben werden. In welcher Weise dies geschehen soll, ist vorberhand gleichgültig; es ist aber anzunehmen, daß die Mehrheit von etwa 120 Stimmen, über die die Regierungs-

parteien im neuen Unterhause verfügen werden, sich viel wirksamer erweisen wird als die imposante Mehrheit, die die Liberalen allein im vorigen Unterhause hatten. Besaßen doch die Unionisten im Jahre 1886 unter dem zweiten Kabinett Salisbury nur eine Mehrheit von 118 Stimmen, trotzdem erhielten sie sich damals volle sechs Jahre an der Herrschaft.

Die Liberalen haben vollends keinen Grund, über das Ergebnis der jetzigen Wahlkampagne unzufrieden zu sein, wenn sie sich vergegenwärtigen, mit welchen Mitteln ihre Gegner gegen sie arbeiteten. Die „deutsche Gefahr“ und die „rote Gefahr“ mußten herhalten, um die urteilslosen Kreise der englischen Wählerschaft einzuschüchtern. Die in ihrer Vorherrschaft bedrängten Lords boten mit den Bierbrauern und den an der Einführung von Schutzzöllen in England interessierten Kreisen ungeheure Geldmittel auf, um den Unionisten zum Siege zu verhelfen. Alles war umsonst. Der Premierminister Asquith hob vor kurzem mit Recht in einer Rede hervor, daß alle großen Industriezweige — von Birmingham und einigen anderen Distrikten abgesehen — allen voran die Zentren der Textil-, der Montan- und der Schiffbauindustrie, sich mit der größten Entschiedenheit gegen den Protektionismus erklärt haben. Die Schutzzöller müssen sich damit abfinden, daß die Tarifreform glatt abgelehnt worden ist; die Lords müssen sich mit der Tatsache abfinden, daß eine stützliche Mehrheit des englischen Volkes sich für das Budget und gegen das vetorecht des Oberhauses ausgesprochen hat; die Chauvinisten müssen es sich gefallen lassen, daß gerade die intelligenten und erwerbstätigen Kreise der englischen Bevölkerung die Gespensterfurcht und die von den Chauvinisten betriebene Deutschenhete auf das entschiedenste verhorrt hat.

Natürlich sind durch das Ergebnis der Parlamentswahlen die Gegner der jetzigen englischen Regierung, des jetzigen Wirtschaftssystems und der jetzigen auswärtigen Politik nicht zum Schweigen gebracht worden. Sie werden von neuem ihre Tätigkeit aufnehmen, in der Hoffnung, bei den nächsten Parlamentswahlen besser abzuschneiden. Aus diesem Grunde muß man auch in Deutschland der weiteren Entwicklung der Dinge in England besondere Aufmerksamkeit zuwenden. Vor der Hand aber hat man in den wahrhaft fortschrittlich und freiheitlich gesinnten Kreisen Deutschlands alle Veranlassung, sich darüber zu freuen, daß in England die Sache des Friedens mit den übrigen Nationen, und des Freihandels, die Sache der sozialen und demokratischen Reformen gesiegt hat. (B. V.)

Herr von Oldenburg gegen die Reichsverfassung.

Sturmjahren im Reichstag.

(1b.) Berlin, 29. Jan.

Der Reichstag hat heute nachmittag Lärmjahren erlebt, wie sie im deutschen Parlament seit vielen Jahren nicht vorgekommen sind. Herr von Oldenburg — Jannichau, einer der „geistigen“ Führer unseres konterdativen Agrarjertums und von je ein enfant terrible der Rechten, war es, der den Sturm heraufbeschwor. Herr von Oldenburg ist ein Mann von angeborenem Humor; leider hat ihn das dazu geführt, Wigbold um jeden Preis sein zu wollen. Auch um den Preis der Takt- und Geschmackslosigkeit, auch um den Preis der Logik und — der Verfassungstreue. So könnte man es schließlich nur als einen schlechten Witz auffassen, wenn Herr von Oldenburg heute eine seiner gewohnten Kapuzinaden mit einer regelrechten Aufforderung zum Bruch der Verfassung schloß, hätte nicht der Clown von Jannichau schon in früheren Jahren, im Reichstag und in Versammlungen, ebenso wenig ein Hehl daraus gemacht, daß ihm der Reichstag und das Reichstagswahlrecht einfach nicht paßt!

Die Sitzung hatte begonnen, wie jede andere. Der freisinnige Abgeordnete Dr. Müller-Meinungen hatte wieder, und zwar in recht glücklicher und eindrucksvoller Weise, über Militärgerichtsbarkeit und Wehrverbesse, über die Mobilisierung einzelner Offizierskorps und über das Duell, über die Ehrengerichte und das Militärkabinett gesprochen. Der nächste Redner, der sozialdemokratische Abg. Sachse, aber war noch einmal auf den Mansfelder Bergarbeiterstreik zurückgekommen, um gegenüber den Darstellungen des Kriegsministers seine Behauptungen aufrechtzuerhalten. Herr von Oecringern trat in einzelnen Punkten denn auch einen Rückzug an; während er zuerst behauptet hatte, es seien ihm überhaupt keine Beschwerden zugeteilt und im weiteren Verlauf erklärt hatte, ein Beschwerdetelegramm des Abg. Sachse sei deshalb unbeantwortet geblieben, weil es unzeichnet war; „Die Streikleitung, Sachse“, meinte er heute, die Antwort sei wahrscheinlich deshalb unterblieben, weil der betreffende kommandierende General nicht gewußt habe, wer Herr Sachse sei. Bezüglich des verhafteten Dienstmädchens räumte der Minister heute ein, es sei schon möglich, daß ein Unteroffizier das Mädchen einmal „für fünf Minuten lang in seine Obhut genommen“ habe. Als anderen Klagen aber

Wer dem Kleinen heute dienen mag, Sehe, ob der Zukunft es gedeiht. Journalisten bauen für den Tag. Doch aus Tagen baut sich groß die Zeit. P. K. Kofegger.

Willst du Richter sein?

Roman von Maximilian Bittcher.

(Fortsetzung)

Wie hatte er da in der Stille seines Zimmers die Hände gerungen, sein Haar zerrauft! Du darfst ja doch nicht hingehen und den armen Burschen aus der Fein der Untersuchungshaft erlösen. Du darfst es ja doch nicht! Wäge ab! ... Auf der einen Seite ein junger Mensch, der ein paar Wochen unter bösem Verdacht im Gefängnis sitzen muß in der lindernden und versöhnenden Gewißheit, daß er unschuldig ist, daß seine Unschuld sich herausstellen wird — unbedingt. Auf der anderen Seite seine Mutter, seine Schwester, er selbst, dein Weib, dein Sohn und du schlimmerer und untillgbarer Schmach und Schande preisgegeben! Nein, da kann kein Zweifel sein, welche Seite der Wage die andere wie eine Feder in die Höhe schnellen läßt!

So hatte er geschwiegen, solange noch eine Hoffnung im Verhandlungstermin vor dem Kriegsgericht jah erlöschen war. Und sagte sich's auch jetzt wieder, in dieser Stunde, da er in seinem leer und still gewordenen Hause die Stirn so hart gegen den Türrahmen preßte, daß sie ihm brannte und wehe tat: du konntest nicht anders handeln. Und wenn das Schicksal dich noch einmal an denselben Scheideweg stellen würde, du müßtest wieder die Richtung gehen, die du damals als die rechte erkannt hast! Die Rücksicht auf alle die anderen, die du deine Nächsten nennst, mußte dir mehr gelten als die Rücksicht auf diesen einen, dessen Jugendkraft sicher eines Tages überwinden wird, während die anderen nicht mehr überwinden haben werden!

Hast du nicht auch an dich selbst dabei gedacht? Prüfe dich ehrlich! Nein, bei allem, was dir heilig ist, nur um der anderen vier, um der geliebten Frau vor allem, schweigst du und liebst einen Unschuldigen grausam harte Strafe leiden!

Aber hast du nicht selbst grausam harte Strafe gelitten, hast du nicht selbst ein Zuchthaus gebaut um dich her? Wann hattest du Ruhe vor deinem Gewissen in all diesen langen Jahren? Hast du deine Seele nicht täglich fastet und büßig geschlagen mit Anklage und Selbstvorwürfen! Hast du im Geiste nicht alles mit dem Unschuldigen gemeinsam getragen: die Not und die Qual der Enkterung in enger Zelle, das Abgeschmittensein von Frühling und Sommer, vom Grünen und Blüten, das verzweifelte Mütteln gegen die Gitterstäbe, die Schmach der Behandlung, die Schande vor den Menschen? Hat dich der Argwohn deiner kranken Frau nicht immer wieder in Angst und Schrecken verjagt: deine Schuld kommt doch noch an den Tag? Deine Schuld kommt doch noch an den Tag, und das Glück aller deiner Nächsten bricht in Scherben? Und hast du dein Weib, deinen Quälgeist, dein Person gewordenes böses Gewissen, nicht gehegt und gepflegt, als wäre es dein liebste, köstlichstes Kleinod, das dir nur ja um keinen Preis der Welt, verloren gehen dürfte? Hast du um diesen siechen, gebrechlichen Leib nicht im ununterbrochenen Kampf mit dem Tode gelegen, hast du ihn nicht vor jeder Gefahr behütet wie deinen Augapfel? Und hast du nicht abgeschlossen mit allen Wünschen für dich und dein Glück? Steht es nicht heute, wo deine Gefährtin von dir genommen wurde, so fest bei dir wie je: daß du deinen Blick nie, nie mehr verlangend zu der andern erheben darfst, von der dich nun kein äußeres Hindernis mehr trennt? Zu der anderen, von der du nun weißt, daß sie dich so heiß begehrt, wie du sie einst begehrtest? Oder begehrt du sie heute noch, hast du sie heute noch lieb? Nein, du darfst sie nicht liebhaben; und du hast sie nicht lieb! ...

Und doch, trotz allem, was du erlittest, ein Rest

bleibt! Du hast Leben und Freiheit genossen, Leben und Freiheit, an die du kein Recht hattest. Und der Durst nach Frieden, nach endlicher Aussöhnung mit deinem Gott, brennt wie Feuer in deiner Brust! Ist Gott die dunkle Wolke, die als Schicksal über dir hängt, die mit jähem Witz diese ungeheure Wirtnis und Leide in dein Leben warf? Für dich nein. Für dich ist Gott der Wille zum Guten, der als Hunger nach Recht und Gerechtigkeit deiner Seele erfüllt! Ist jetzt die Stunde gekommen, da du deinen Hunger stillen, deinen Frieden machen darfst mit Gott? Dein Weib ist tot, und die Rücksicht auf sie darfst schweigen. Und auch um deinen Sohn, diesen Entarteten, brauchst du dich nicht mehr zu kümmern. Er schreitet den Weg des Reichsinnus u. Lasters unaufhaltsam, und du kannst ihn nicht zurückhalten. Er geht dich nichts mehr an; keine noch so leise Stimme ist in deinem Herzen, die in Viebeslauten für ihn spricht! Fremder ist er dir als der erstbeste Fremde, der auf der Strafe an dir vorübergeht ...

Aber mit den andern, mit der unvergänglich schönen Frau drüben in dem roten Hause und ihren beiden Kindern, ist und bleibt alles, wie es war. Schmach und Schande würde über die Frau herniederstürzen, wenn du deine Strafe auf dich nimmst vor dem Gesetz, heute wie ehemals. Und Gottfried? Darfst du dem Zerrütteten, der sich so schwer und mühselig durchringt zum Frieden mit Gott und der Welt, seinen letzten sicheren Halt, den Glauben an seine Mutter nehmen? Und Elisabeth? Wenn der Verdacht sie anfiel: Du und ihre Mutter, ihr hättet im schlimmen Bunde miteinander gestanden, so müßte der Gedanke: daß du und dein Haus zum Fluch und zur Vernichtung da wären an ihres Vaters Hause, sie zermalmen. So ginge sie wohl hin und wäre ihr Leben von sich, dessen Last sie jetzt schon kaum noch tragen kann ...

Nein, du mußt dein Geheimnis weiter und weiter still für dich behalten, darfst dich nicht von dir selbst erlösen! (Fortsetzung folgt.)



lehnte er auch heute wieder ab, und den Gipfel der Nationalität erklimmte er, als er versicherte, im Kriegsministerium werde man erst durch den Reichstag gezwungen zu überlegen, wo eigentlich die adeligen und wo die nicht adeligen Offiziere in der Armee stecken.

Schon während dieser Rede war es im Hause lebendig geworden. Sozialdemokratische Zwischenrufe waren von der Rechten durch stürmische Rufe: Ruhe, Ruhe! zurückgewiesen worden und ein sozialdemokratischer Abgeordneter hatte sich hinreichend lassen, darauf zurückzurufen: Halten Sie das Maul! Ja ein zweiter Genosse rief sogar hinüber, vermutlich als Reminiszenz an das berühmte Wort eines inwischen längst zu seinen Vätern versammelten Agrarierführers: „Sie können uns sonst was!“ Vizepräsident Spahn hatte die beiden Zwischenrufe überhört, Herr von Oldenburg aber, dem nächsten Redner, gab sie den Anlaß, seinen Vortrag mit einer kleinen Vorlesung über den guten Ton und die guten Umgangsformen bei der Sozialdemokratie einzuleiten. Sachlich brachte der Jamshauer nichts von Belang vor. Es sei denn, daß er die Einführung der neuen Militärstrafprozessordnung bedauerte und den preussischen Militarismus einschließlich der adeligen Offizierskorps aus der preussischen Geschichte erklären wollte, von der allerdings die verehrten Herren Bundesbrüder wenig Ahnung hätten. Die „preussische Tradition“ aber, zu der Herr von Oldenburg freilich auch den Parademarsch rechnet, äußerte sich unter anderem auch darin — und nun kam das große Wort! — daß der König von Preußen und der deutsche Kaiser jederzeit im Stande sein müßte irgend einem Leutnant zu sagen: Hier! Nehmen Sie 10 Mann und schließen Sie den Reichstag!

Minutenlanges fürchtbares Lärm, der sich noch verstärkte, als die Rechte demonstrativ Bravo zu rufen begann, war die Antwort. Die ganze Linke hatte sich von den Sigen erhoben, ja die Erregung griff sogar auf die Tribünen über. Vergeblich versuchte der Vizepräsident Erbprinz zu Hohenlohe durch fortwährendes Läuten Ruhe zu schaffen. Immer neue stürmische Rufe auf der Linken: Standal! Aufforderung zum Bruch der Verfassung! Wo bleibt der Präsident? Haben Sie denn gar keine Scham?! u. s. w. drohten die Fortsetzung der Sitzung zu gefährden. Herr Kretz von den Konservativen, Herr von Oldenburg würdiger Freund, goß noch Öl ins Feuer, indem er zu der Linken hinüber rief: „Ist denn kein Tierarzt da?“ Tribünen gebärdete sich Herr Ledebour am wildesten. Als er mit heftigen Gebärden dem Erbprinzen zurief: Herunter vom Präsidium! zog er sich einen Ordnungsruf zu.

Nur langsam legte sich die ungeheure Aufregung. Der folgende Redner, Abg. Osann, konnte sich kaum verständlich machen und erst die nun einsetzende Geschäftsordnungsdebatte bildete eine Art Ventil für die überhitzten Stimmungen. Abg. Schrader war es, der greife freisinnige Führer, der zuerst der Dankbarkeit der Linken Ausdruck gab, für die Offenheit, womit Herr von Oldenburg sein reaktionäres Herz geöffnet hat, und der die Kennerung Oldenburgs als eine Beleidigung des Kaisers und eine Beleidigung der Armee festnagelte. Abg. Singer aber ging einen Schritt weiter. Er sah in der kritischen Kennerung nicht nur eine „Niederträchtigkeit“ sondern auch eine direkte Aufforderung zum Verfassungsbruch und er richtete an den Vizepräsidenten direkt die Frage, ob er die Wendung nicht gehört oder aus welchen sonstigen Gründen er den Reichstag nicht vor solchen Beschimpfungen geschützt habe. Der Erbprinz versuchte sich zuerst dadurch herauszureden, daß er erklärte, er habe die Kennerung des Herrn von Oldenburg nicht ernst genommen, und auch Herr von Oldenburg versuchte es jetzt so hinzustellen, als habe er lediglich das Beifried gewählt, um zu erweisen, daß die Disziplin nach nichts zu fragen habe, auch nicht nach der Verfassung. Kein Mensch glaubte ihm; die Abgeordneten Basser mann (nationalliberal) Gröber (Zentrum) und Müller-Reinigen (freisinnig) protestierten nacheinander in scharfer Form gegen den Oldenburg'schen Erreg, ja Herr Basser mann befragt, es ausdrücklich, daß die Worte des Herrn von Oldenburg durch den Beifall seiner Parteifreunde noch besonders unterstrichen worden seien. Herr von Oldenburg verließ bald darauf den Saal, aber die Erregung wollte nicht schwinden. Der Erbprinz zu Hohenlohe hatte keinen leichten Stand und er mußte noch zwei Ordnungsrufe, an die Abgeordneten Sachse und Ledebour, aussteifen, ehe er dem etwas schlaftrunken auf der Bildfläche erscheinenden Vizepräsidenten Spahn den Stuhl einräumen konnte.

Zum Schluß gab es noch ein neues Intermezzo: von verschiedenen Seiten wurde auch noch gegen eine andere Kennerung Oldenburgs Protest erhoben, gegen das Wort von der preussischen Geschichte und von den Bundesbrüdern, in dem eine Reihe von Abgeordneten der Linken eine Verlesung zumal der süddeutschen Bundesstaaten sah. Für den verdutzten Oldenburg sprangen zwei seiner nächsten Freunde ein, die Abgeordneten Kretz und Rogalla von Bieberstein. „Scheidig“ und läppisch zugleich stellten sie sich durchaus auf den Standpunkt des Jamshauers: was die Linke, was das ganze Haus außerhalb der konservativen Clique verlangt, spricht, meint und für schädlich hält, das alles ist den konservativen Junkern, wie Herr von Oldenburg ausdrücklich und wörtlich sagt — Wurscht!

Erst nach fünfständiger Verhandlung schloß die denkwürdige Sitzung. Das Gehalt des Kriegsministers wurde bewilligt, die Resolution auf Reform des Militärstrafrechts angenommen, die freisinnige Resolution, die eine besondere Bewertung hervorragender turnerischer Leistungen wollte, abgelehnt.

Der Sitzungsbereich des Reichstags

schildert die Ereignisse in folgender Weise:

Der Bemerkung des Abgeordneten v. Oldenburg: „Aber der König von Preußen muß jede Minute im Stande sein, jedem Leutnant zu sagen: Nehmen Sie zehn Mann und schließen Sie den Reichstag!“ folgte stürmische Heiterkeit und großer Lärm. Von den sozialdemokratischen Bänken ertönen fortgesetzt Zurufe. Man ruft nach dem Präsidenten. Man hört Rufe: Runter vom Prä-

sidentensitz! Wir wollen keine Salaien! Haben Sie denn keine Scham? Der Vizepräsident Prinz Hohenlohe ruft den Abg. Ledebour zur Ordnung! Unter weiterem Lärm vollendet der Abg. v. Oldenburg seine Rede. Die Tradition in unserem Offizierskorps, die die Armeegroß gemacht hat, muß erhalten bleiben. Wir fordern, daß der Kriegsminister diese Traditionen aufrecht erhalten wird. (Bravo rechts und links.) Der Redner verläßt mit einer wegwerfenden Handbewegung zur Sozialdemokratie hin die Tribüne (Erneuter Lärm und Zurufe). Vizepräsident Hohenlohe: Ich verbitte mir eine Kritik meiner Geschäftsführung in Form solcher Zurufe. (Erneuter Lärm.) Abg. Osann (natl.) kann sich zunächst nach dem großen Lärm, der im Hause herrscht, nicht verständlich machen, sodas der Vizepräsident wiederholt um Ruhe bitten muß. Er wendet sich der Frage der Soldatenmishandlungen zu. Denn seine Partei diese Schäden ausbesser, dann sei sie nicht antinational. Was national ist, das wissen wir auch. (Lebhafte Zustimmung.) Wir werden in den Militärfragen immer den Opfermut zeigen, den wir bisher gezeigt haben. (Lebhafte Beifall bei den Nationalliberalen.)

Abg. Schrader (Freis. Bg.): Dem Herrn v. Oldenburg können wir dankbar sein für seine Ausführungen. Er hat dem Kaiser Handlungen zugeschoben, die er selbst nie durchzuführen würde. Unsere Armeekennnt unsere Verfassung, kennt die Rechte, die dem Kaiser zustehen und kennt den Respekt, der dem Reichstage gegenüber sich zeigt und diesen Respekt hat der Herr v. Oldenburg verlegt. Der Offizier hat dem Staat zu dienen. Dem Staat hat er seinen Treueid geleistet. (Zuruf rechts: Rein!) Gewiß, der Treueid bezieht sich nicht auf den König als Person, sondern als Herrscher des Staates. Wenn dem König der Treueid geleistet wird, so wird er damit auch dem Staate geleistet. Unser Kaiser wird den Soldaten nichts zumuten, was nicht mit der Verfassung vereinbar ist. (Zustimmung links.) Wir haben heute ein Volkstheater, gegen das man keine ungerechten Mittel anwenden kann. Früher hatten wir ein zusammengefügtes Soldatenheer. Da mußte man dem Offizier andere Mittel geben. Das ist heute nicht mehr möglich. Bei uns muß heute die Gerechtigkeit herrschen und auch der gemeine Mann hat ein sehr ausgeprägtes Rechtsgefühl. Es gibt Zeiten, wo der Offizier die Kameradschaft der Soldaten suchen muß. Das geht aber nicht, wenn der Soldat sich ungerecht behandelt fühlt. Die alten Zustände wirken leider noch in unsere jetzige Zeit hinein. Das zeigt das Verhalten des Militärkabinetts, einer Institution, die abgeschafft werden muß. Der Kriegsminister hat das Militärkabinet in Schutz genommen. Das haben alle seine Vorgänger auch getan. Aber gerade deshalb sind wir nicht weiter gekommen. (Sehr richtig! links.) Wir wollen, daß der Kriegsminister für alles verantwortlich sein kann. Redner begründet die Notwendigkeit dieser Maßnahme, bleibt aber im Zusammenhang auf der Tribüne bei der Unruhe im Hause unverändert. Wir wollen die Aufrechterhaltung der Wehrkraft unseres Landes, aber wir wünschen, daß nur das Aller-notwendigste dafür ausgegeben wird. (Es herrscht fortgesetzt große Unruhe im Hause, sodas der Abgeordnete Schrader seine Rede anscheinend jämmler, als beabsichtigt, abbricht.)

Eine Präsidentenkrise.

Zur Geschäftsordnung erhält das Wort Abgeordnete Singer (Soz.): Ich stelle fest, daß der Abgeordnete v. Oldenburg in seiner Rede Worte gebraucht hat, daß der Kaiser jederzeit das Recht haben müßte, einem Leutnant zu befehlen, zehn Mann und schließe den Reichstag. Ich ergreife das Wort nicht, um über die Niedrigkeit der Auffassung zu sprechen, die dem Reichstag bei dieser Rede zugemutet worden ist. Ich rede auch nicht davon, daß diese Redewendung als eine direkte Aufforderung zum Verfassungsbruch zu bezeichnen ist. (Lebhafte Zustimmung links.) Ich frage nur den Präsidenten, ob er nicht eingeschritten ist, weil er diese Kennerung nicht gehört hat. Hat er sie gehört, so frage ich ihn, warum er den Redner nicht darauf verwiesen hat, was er der Achtung und Würde des Reichstags schuldig ist und warum er ihn nicht darauf verwiesen hat, daß er solche Redewendungen zu unterlassen hat. (Lebhafte Zustimmung links.)

Vizepräsident Erbprinz zu Hohenlohe: Ich habe die Kennerung des Herrn von Oldenburg gehört und habe sie in folgender Weise aufgefaßt. Der Herr Abgeordnete sprach von der Disziplin im preussischen Heere und als er die betreffende Kennerung tat, habe ich geglaubt, daß er damit nur sagen wollte, daß der preussische Soldat auch bis auf die äußerste dem Ruf des obersten Kriegsherrn zu folgen hat. (Lebhafte Widerspruch links.) Hätte ich geglaubt, daß der Herr v. Oldenburg im Ernst hätte ausgesprochen wollen, daß die preussische Armeedazu da sei, um den Reichstag auseinander zu sprengen, so würde ich auch ohne Zweifel diesen Ausdruck als scharfste gerügt haben. (Große Unruhe links.)

Abg. v. Oldenburg (konf.): Der Herr Präsident hat vollkommen das verstanden, was ich habe sagen wollen. Ich habe lediglich ein äußeres Beispiel der Disziplin angeführt. (Große Unruhe links und Gelächter links.) Das hat nicht vorkommen wird, ist selbstverständlich. Ich habe lediglich das Beispiel der Disziplin angeführt, daß der Soldat gegebenenfalls nicht nach der Verfassung zu fragen hat. (Große anhaltende Unruhe links.)

Abg. Basser mann (natl.): Nachdem der Abg. Singer noch einmal auf den Vorfall zu sprechen gekommen ist, möchte ich namens meiner Freunde erklären, daß wir die Kennerung des Herrn v. Oldenburg, in der auch wir eine Misachtung des Reichstages und der Reichsverfassung sehen (lebhafte Zustimmung links) aus tiefster Bedauern müssen, ebenso auch die Tatsache, daß diese Kennerung Beifall bei einigen Bänken dieses Hauses gefunden hat. (Lebhafte Zustimmung links.)

Abg. Gröber (Ztr.): Die Worte des Abg. v. Oldenburg sind nach meiner Auffassung nicht gerade so harmlos aufzufassen, wie wir es jetzt gehört haben. (Sehr richtig! links.) Ich möchte namens meiner politischen Freunde unser tiefstes Bedauern darüber ausdrücken, daß ein Mitglied dieses Hauses sich zu einer solchen Kennerung hat hinreichend lassen. (Lebhafte Zustimmung links und im Zentrum.)

Abg. Müller-Reinigen (Freis. Bg.): Die protestieren ununterbrochen ganz energisch gegen die Kennerung des Herrn v. Oldenburg, die eine direkte Aufforderung zum Verfassungsbruch war. Wir sind in keiner Weise befriedigt durch die Erklärung des Herrn v. Oldenburg (lebhafte Zustimmung links), die er uns nachträglich gegeben hat. Er hat uns wiederholt als die deutschen Bundesbrüder angesprochen. Ich muß Ihnen sagen, ich kenne keine größere Beschädigung des bundesstaatlichen Gedankens als diese Art des Auftretens des Herrn v. Oldenburg. (Lebhafte Zustimmung links.) Er hat geradezu das föderalistische Prinzip aufs tiefste gefährdet. Auch wir bedauern diese Kennerung des Herrn v. Oldenburg aufs tiefste. Wir protestieren gegen diese Kennerung und auch gegen die Untätigkeit des Herrn Präsidenten. (Lebhafte Zustimmung links. Abg. Sachse ruft: Runter vom Präsidentensitz! Große Unruhe und Lärm.)

Vizepräsident Erbprinz zu Hohenlohe: Wenn ich den Abgeordneten Sachse richtig verstanden habe, hat er gesagt: Runter vom Präsidentensitz! Ich kann einen solchen Ausdruck nicht zulassen. Solange ich hier als gewählter Präsident fungiere, verbitte ich mir solche Ausdrücke und rufe Sie zur Ordnung. (Lebhafte Beifall rechts und Zurufe links; Lärm.)

Abg. v. Oldenburg (konf.): Ich kann nur dagegen protestieren, daß man in dem Ausdruck Bundesbrüder eine Beleidigung legen will.

Abg. Singer (Soz.): Ich habe nachträglich dagegen Verwarnung einzulegen, daß die Kennerung des Herrn v. Oldenburg durch den Präsidenten als eine nicht ernst zu nehmende und harmlose bezeichnet ist. Es würde jedenfalls meiner Auffassung widersprechen, als nicht ernst zu nehmender Mann hingestellt zu werden. Aber das wird ja Herr v. Oldenburg mit dem Präsidenten auszumachen haben. Ich kann nur feststellen, daß der Präsident die Kennerung des Herrn von

Oldenburg nicht richtig verstanden hat. Hier im Hause hat sie nicht anders verstanden werden können, als sie verstanden worden ist. Herr Oldenburg hat nun die Gelegenheit benützt, seine Kennerung abzuschwächen. Ich überlasse es dem Urteil dieses Hauses, ob es dem Wute eines Mannes entspricht, eine Kennerung nicht zurückzunehmen, sondern nur abzuschwächen. (Rechtsparlamentarisch würde man das nicht zugeben können. Lebhafte Zustimmung links.) Es wäre zum Schutze des Reichstags notwendig gewesen, daß der Präsident eingeschritten wäre.

Abg. Oldenburg (konf.): Ich erkläre nochmals, daß ich meine Kennerung gemacht habe als ein Beispiel der äußersten Konsequenz der Disziplin. (Na, also!) Es fällt mir gar nicht ein, etwas abzuschwächen. Ich werde mein ganzes Leben aufrechterhalten, was ich einmal gesagt habe. Wie der Abgeordnete Singer darüber denkt, das ist mir ganz wurscht. (Gelächter links, Zuruf bei den Sozialdemokraten: Und der Präsident?)

Vizepräsident Erbprinz zu Hohenlohe: Ich führe mein Amt auf Grund der Wahl dieses Hauses. So lange ich dieses Amt führe, verbitte ich es mir, meine Handlungen in dieser Weise zu kritisieren. (Beifall rechts.)

Darauf wird in der Sitzung fortgefahren. Erbprinz Hohenlohe wird von dem Vizepräsidenten Spahn abgelöst.

Rundschau.

Eine elsässische Wahlrechtstundegebung.

Die am letzten Sonntag nach Straßburg vom Sozialdemokratischen Verein, dem Liberalen Verein und der Elsaß-lothringischen Volkspartei einberufene öffentliche Versammlung, die sich mit dem Wahlrecht zum Landesauswahl befaßte, faßte einstimmig eine Resolution, in der gegen das bestehende Wahlrecht protestiert und die Einführung des allgemeinen, gleichen, direkten und geheimen Wahlrechts auf der Grundlage des Proportionalverfahrens verlangt wird, unter Aufrechterhaltung der Forderung der Gewährung der Autonomie in Elsaß-Lothringen. Am Schluß der Versammlung nahmen einige Redner Veranlassung, unter lebhafter allgemeiner Zustimmung gegen die bekannten Ausführungen des konservativen Abgeordneten v. Oldenburg zu protestieren.

Deutsches Reich.

Eisenach, 31. Jan. Nach dem bis jetzt vorliegenden Ergebnis der Reichstagswahl im Wahlkreis Eisenach-Dornbach wurden für Leber (Soz.) 10484, für Dr. Appellius (natl.) 5915 und für Dardrich (dtsh.-nat.) 4624 Stimmen abgegeben. Drei kleine Orte stehen noch aus. Von deren Wahlziffer wird es abhängen, ob der Sozialdemokrat im ersten Wahlgang siegt oder ob er sich mit dem Nationalliberalen in die Stichwahl begeben muß. Auf alle Fälle bedeutet die Wahl eine wohlverdiente Niederlage der Schadianer.

Ausland.

London 31. Jan. Nach amtlicher Feststellung sind bei einem Eisenbahnunglück in Staats Besitz sieben Personen getötet und 26 verletzt worden.

Württemberg.

Dienstnachrichten.

Der Staatsanwalt Hedin in Stuttgart wurde zum Oberstaatsanwalt bei dem Landgericht Hall ernannt, der Amtsrichter Dr. Ewert in Stuttgart-Stadt auf eine Staatsanwaltschaft bei dem Landgericht Stuttgart in der Dienststelle des Amtsrichters und der Amtsrichter Dr. Baun in Göppingen an das Amtsgericht Stuttgart-Stadt ihrem Ansuchen gemäß versetzt, die Gerichtsassessoren Wardill in Ludwigsburg zum Amtsrichter in Schorndorf, Welte in Gmünd zum Amtsrichter in Gmünd und Dr. Paul Götz in Stuttgart zum Amtsrichter bei dem Amtsgericht Stuttgart-Stadt ernannt. — Bezirksstaatsanwalt Pfarrer Münch in Röhrlingen in seinem Ansuchen ersuchend wegen leidender Gesundheit von dem Amt eines Bezirksstaatsanwaltes für den Bezirk Reutlingen entlassen worden.

Württemberg und die Schiffsabgaben.

Die Konferenz der Parlamentarier.

An der Konferenz nationalliberaler, volksparteilicher und sozialdemokratischer Abgeordnete, die sich in Stuttgart unter Vorsitz von Landtagsabgeordneten Oberbürgermeister von Gauß mit der Frage der Schiffsabgaben befaßte, nahmen von Württemberg 27 und von Baden 20 Abgeordnete teil. Von badischer Seite wurde über einstimmig ausgesprochen, daß Baden die Pflicht habe Württemberg zur Erlangung eines Wasserwegs beizustehen. Die Stimmung für den Neckar Kanal sei in Baden günstig. Die badischen Wünsche gehen im Wesentlichen dahin, daß Württemberg auf den Standpunkt gelangt möge, daß es gemeinsam mit Baden die Ausführung des Kanalisierung des Neckars vornehme. Es sei jetzt nicht zu spät. Die badische Regierung habe nicht früher ein festes Anerbieten machen können, da erst jetzt eine genaue Uebersicht geschaffen sei. Sollte Baden im Bundesrat den Antrag auf Vertagung der Entscheidung über die Schiffsabgaben stellen, so möge Württemberg diesen Antrag zustimmen. Von den württembergischen Abgeordneten der Deutschen Partei wurde die Auffassung vertreten, daß in dem jetzigen Stadium nichts mehr geschieden könne. Baden hätte längst Zeit gehabt, Entgegenkommen zu zeigen. Das Vorgehen der württembergischen Regierung sei völlig korrekt gewesen, da sie nach der früheren Haltung Badens keinen anderen Weg gehabt habe. Gegen wurde geltend gemacht, daß die badischen Vorschläge ein Novum darstellen und deshalb untersucht werden müßten. Man müsse Gelegenheit haben, sowohl in Baden als in Württemberg, die neuen Vorschläge zu prüfen. Die Besprechung sei deshalb von Wert, weil sie die Frage auf den Boden der Verständigung stellt und die Entscheidung erst nach lokaler Aussprache beider Parteien erfolgen dürfe. Solche Besprechungen könnten auch andere gemeinsame Angelegenheiten von Wert sein. Man einigte sich schließlich auf folgende Resolution:

„Die Konferenz badischer und württembergischer Abgeordnete stellt als ihre übereinstimmende Meinung fest, daß eine Kanalisierung des Neckars eine notwendige und aufschreibbare wirtschaftliche Maßregel und

In Zusammenwirken der Regierungen von Baden und Württemberg zu diesem Zweck geboten ist."

Die Handelskammern.

Während die Parlamentarier am Samstag zu der Frage der Schiffsabgaben Stellung nahmen, haben die württemb. Handelskammern bereits den Tag zuvor eine Kundgebung erlassen. Im Auftrag sämtlicher württemb. Handelskammern hat die Handelskammer Stuttgart am 28. ds. Mts. eine Eingabe an den Bundesrat gerichtet. In ihr wird ausgeführt, daß sich die Kammern schon im April 1907 nach eingehenden Beratungen mit der Zentralstelle für Gewerbe und Handel für den Anschluß Württembergs an den zu errichtenden Zweckverband ausgesprochen haben, wenn auch unter gewissen Vorbehalten: namentlich hinsichtlich der gesetzlichen Garantie, daß die Abgaben stets reine Zweckabgaben bleiben, daß den Interessenten ein Mitbestimmungsrecht bei Festsetzung und Verwaltung der Abgaben eingeräumt werde und ähnl. Für diese Stellungnahme seien in erster Linie die Erwägung entscheidend gewesen, daß auf dem von Preußen vorgeschlagenen Weg die unbedingt erforderliche Kanalisierung des Neckars am sichersten erreichbar sei. Im Hinblick auf die bevorstehende Entscheidung erklären die Kammern nochmals ausdrücklich, daß sie mit der Einführung von Schiffsabgaben unter den erwähnten Voraussetzungen grundsätzlich einverstanden seien, und daß damit die gegen die Erhebung solcher Abgaben geäußerten Hauptbedenken im wesentlichen gehoben seien.

Die Landesversammlung der Bodenerformer.

Die am Sonntag in Stuttgart tagte, hat die Frage der Redarkanalisation selbstverständlich auch besprochen. Oberbürgermeister Jägle teilt hierzu mit, daß die Kanalpläne bereits die Bodenerformer-Versammlung in München beschäftigt haben. Man sei dahin überein gekommen, demnächst in Ulm eine größere Kundgebung zu veranstalten. Man sei dabei davon ausgegangen, daß die Kanalpläne und die Ausbeutung der Wasserkräfte von der bodenerformerischen Seite beleuchtet werden müssen. Die Erbauung des Neckarkanals sei für Württemberg eine absolute Notwendigkeit. Die Abgaben werde man wohl schlieden müssen. Es sei nun gefragt worden, daß die Kosten durch eine Steuer auf den durch den Kanal sich ergebenden Wertzuwachs gedeckt werden könnten. Dieser Wertzuwachs bedürfte aber eine Zeit der Entwicklung. Für diese Uebergangszeit werde man also die Abgaben zweifellos nicht entbehren können, da anders die Verzinsung wohl kaum aufzubringen sei. Landtagsabg. Dr. Bauer kam kurz auf die Besprechung der badischen und württembergischen Abgeordneten zu reden. Es habe sich gezeigt, daß man in Baden zu einem Entgegenkommen sehr bereit ist. Oberbürgermeister v. Wagner meint, daß gar nicht daran zu denken sei, die Kanalisierung ohne Abgaben zu bekommen.

Gewerbeblatt und Schiffsabgaben.

Das Gewerbeblatt aus Württemberg, das bekanntlich von der A. Zentralstelle für Gewerbe und Handel herausgegeben wird, enthält einen längeren Aufsatz, in dem die württemb. Großschiffahrtfrage einer zusammenfassenden Darstellung unterzogen wird. In dem Aufsatz wird berechnet, daß bei gesondertem Vorgehen Württembergs die Redarkanalisation auf mindestens 1/3 Pfg. für den Km. festgesetzt werden müßte, wenn der Staat Württemberg auch etwa 1 Million des jährlichen Defizits ohne Entgelt aufbringen wollte. Der Aufsatz nimmt allerdings auf den neuesten badischen Vorschlag nicht Bezug, was auch nichts befagen will, da die Bemühungen Baden und Württemberg in dieser Frage zusammenzubringen als gescheitert anzusehen sind. Gegenüber den Befürchtungen, der zu bildende Zweckverband werde dazu dienen, agrarische Interessen gegenüber denen von Handel und Gewerbe zu fördern, wird in dem Aufsatz des „Gewerbeblattes“ bemerkt, diese Befürchtung erscheine deshalb unbegründet, weil den Beteiligten Einspruch auf die Verwaltung des Zweckverbandes eingeräumt werden solle und weil die in dem Verband vertretenen Staaten in weit höherem Maße in der Lage seien, etwaigen agrarischen Einflüssen entgegenzuwirken, als ohne den Verband. Der Aufsatz schließt mit folgenden Ausführungen: „Die Bildung größerer Verbände zur Regelung von Verkehrsfragen ist ein Ziel, das aus nationalen und wirtschaftlichen Gründen mit allen Mitteln anzustreben ist. Wird die Gelegenheit jetzt verfaßt, so wird es sich fragen, ob sie wiederkehrt und diejenigen, die heute die lebhaftesten Bedenken gegen die Errichtung des Zweckverbandes haben, wären vielleicht in wenigen Jahrzehnten diejenigen, die die lautesten Vorwürfe dagegen erheben, daß unsere Zeit ein Geschlecht gefunden hat, das trotz seiner unerreichten Erfahrungen beim Eisenbahnbau nicht rief war, beim Wasserverkehr die gebotene Möglichkeit auszunutzen. In Württemberg hätte man das später wohl noch härter zu büßen, als beim Eisenbahnbau, da wir vermöge unserer geographischen Lage hier von den Nachbarn in weit höherem Maße abhängig sind, von Nachbarn, auf deren gutem Willen wir vollständig angewiesen wären, ohne daß wir ihnen eine einigermaßen entsprechende Gegenleistung bieten könnten. Im Verbands dagegen nimmt Württemberg notwendig eine andere Stellung ein, in ihm werden alle, auch in Zukunft auftauchenden, heute noch gar nicht übersehbaren Verkehrsfragen von selbst nach höheren Gesichtspunkten behandelt werden, als dies in den einzelnen Staaten naturgemäß möglich ist.“

„Die Börsenjuden“

werden der Volkspartei beinahe täglich von den Bauernbündlern und dem Zentrum an die Rodschöpfe gehängt. Mit vollem Unrecht. Die Geldfürsten halten sich lieber da auf und suchen dort ihren Anschlag, wo „Holluf“ weht. Sie wollen daher von Politik verflucht wenig wissen; am allerwenigsten von einer solchen, die in Opposition zu den großen Nachhabern im Staate steht. Wie man diesen „Börsenjuden“ aber hätte zu leib gehen können, dafür gibt es kein besseres Beispiel als die von dem schwarz-blauen Bloke abgelehnte Erbschaftsteuer.

Sie wäre so recht ein geeignetes Mittel gewesen, den Herren von ihren Millionen etwas zu helfen.

In diesen Tagen jährt es sich z. B. zum neunten Male, daß der Chef des Frankfurter Welthauses R. A. v. Rothschild und seine Söhne, Freiherr Willh. v. Rothschild in Frankfurt verstarb. Die damals gehegten Hoffnungen auf Fortbestand der Firma blieben leider ohne Erfolg. Das ungeheure Vermögen des Stammhauses — man sprach von ca. 600 Mill. Mark — ging Deutschland verloren, da die Erben vorzogen, ihre Geschäfte im Auslande weiter zu betreiben. Hätte man seinerzeit die Erbschaftsteuer gehabt, und würde man sie bei solchen Rechensummen auf zehn Prozent erhöht haben, so wäre — ehe die Erben vorzogen wären — dem Fiskus daraus eine Einnahme von 60 Mill. Mark zuteil geworden! Wir fragen, wäre dies nun ein Pappentitel gewesen? Für den Fall, daß auch das steuerpflichtige Erbe weniger und die Steuer niedriger angelegt worden wäre, so würden selbst auch „nur“ 30 Mill. Mark recht gut getan haben!!

Daß solche Fälle aber nicht sich ereignen können, das verdanken wir der Kurzsichtigkeit und dem krassen Eigennutz der Bauerbündler und dem nun gefühlten Mangelbedürfnis des Zentrums am gestürzten Reichszugler Bülow. Man kennt unseren Standpunkt und weiß, daß wir frei von jedem dummen Antisemitismus sind, aber wir wären dabei gewesen, solch reichen Krösussen (worunter wir nämlich Juden und Christen gleichmäßig getroffen wissen wollen) eine ordentliche Portion Erbschaftsteuer aufzuerlegen. Alle diese Leute können sich nun bei den Brüdern im schwarz-blauen Bloke dafür bedanken, daß dieser bittere Steuerleib so schonungsvoll an ihrem vollen Beutel vorbeiging. Jedermann aber wird bestätigen müssen, wer nach solchen Feststellungen in Wirklichkeit die Geschäfte der sogenannten „Börsenjuden“ besorgt! Antwort: Nicht die Demokratie, wohl aber das mit dem preussischen Junkertum verschwägerte Bündlertum unseres Landes. Darum fort mit einer solchen politischen Giftplanze; freie Bahnen brauchen wir zur Erreichung eines gefunden, ehelichen Fortschrittes in Staat und Gemeinde.

Stuttgart, 29. Jan. Im Pragtunnel zwischen

Stuttgart und Feuerbach werden in nächster Zeit Ausbesserungsarbeiten (Auswechslung schadhafter Steine und dergleichen) vorgenommen. Es muß deshalb das von den Bürgern der Richtung Zuffenhausen-Stuttgart regelmäßig benötigte Gleis gesperrt und einseitiger Betrieb im Tunnel eingerichtet werden. Um die hierdurch sich ergebenden Zugverspätungen möglichst zu beschränken, ist am Nordende des Tunnels eine Weiche angelegt worden, durch die die Züge der Richtung Zuffenhausen-Stuttgart nach kurzem Anhalten auf das andere Gleis unmittelbar übergehen.

Stuttgart, 29. Jan. Durch einen an die Vorstände der verschiedenen Lehrvereinigungen gerichteten Erlaß der Ministerialabteilung für die höheren Schulen wird mitgeteilt, „daß künftighin zum Besuch der Vereinsversammlungen Schultage nicht mehr frei gegeben werden, für die Abhaltung dieser Versammlungen somit ohnedies schulfreie Tage in Aussicht zu nehmen sind.“

Bradenheim, 30. Jan. Der Wahlkreisauschuß für

Dr. Raumann veranstaltete heute nachmittags eine öffentliche Versammlung in der Turnhalle, die gut besucht war. Den Vorsitz führte Stadtschultheiß Ventel. Zunächst sprach Landtagsabgeordneter Bez.-Heilbronn über die größeren Arbeiten des Landtags, Schulgesetzgebung, Bau-, Polizei-, Verkehrs- und Steuerfragen. Er zeigte zum Schluß seiner mit lebhaftem Beifall aufgenommenen Ausführungen den Weg, auf dem es möglich ist, den Steuerzettel herabzudrücken, nämlich die Verfindigung der Wähler über militärische Rüstungen. — Hierauf sprach Sekretär Fischer-Heilbronn in temperamentvoller Weise über die Reichsfinanzreform und ihre Folgen. Die überzeugenden Darlegungen des Redners wurden an vielen Stellen von lebhaftem Beifall unterbrochen, insbesondere seine Ausführungen über die Erbanfallsteuer und die haltilosen Behauptungen des Bundes der Landwirte über dieselbe. Herr Sekretär Fischer hat es verstanden, auch hier die Zweifel auszulösen, die sich schon lange in den Gemütern über die Politik des Bundes der Landwirte festgesetzt hat. — Zum Schluß forderte noch W. Wille-Heilbronn zur Organisation und zum Lesen demokratischer Zeitungen auf, damit jeder einzelne Bürger über die schwebenden Fragen unterrichtet sei und sich selbst ein Urteil über die politischen Dinge bilden könne. — Der Versammlung voraus war eine Zusammenkunft der Vertrauensmänner der Volkspartei des Bezirkes Bradenheim gegangen. Die Mehrzahl der Orte des Bezirkes war vertreten. Aus den Stimmungsberichten ergab sich, daß der Bund der Landwirte durch gesellschaftlichen und geschäftlichen Zwang seine Stellung zwar zu erhalten sucht, daß aber in einer ganzen Anzahl Orte die Zahl der Mitglieder des Bundes erheblich zurückgegangen sei. Insbesondere wurde von den bäuerlichen Vertretern die Gründung des Deutschen Bauernbundes begrüßt, der die wirtschaftlichen Interessen der Bauern vertreten wird, in politischen Fragen aber freiheitlich und fortschrittlich gesinnt ist und daher auch die Sympathie unserer freiheitlich gesinnten Landbevölkerung hat. Der Bezirksvolksverein wurde neu konstituiert, an seiner Spitze bleibt der seitherige, bewährte Vertreter, Herr Weinguis-besitzer Wendel, der Anmeldungen zum Bezirksvolksverein gerne entgegennimmt. Mit dem Versprechen wieder mit frischer Kraft in die politische Agitation einzutreten, trennten sich die Versammelten.

Ulm, 28. Jan. Oberbürgermeister v. Wagner be-

antwortete heute eide von der sozialdemokratischen Fraktion der Gemeindefolge eingetragene Anfrage, warum der Stadtvorstand vor kurzem durch einen Erlaß den städtischen Beamten verboten hat, den Mitgliedern der bürgerlichen Kollegien Auskünfte zu erteilen. Der Stadtvorstand führte aus, daß der Erlaß auf gesetzlicher Grundlage beruhe und erfolgt sei, damit dem Stadtvorstand der Ueberblick über die Tätigkeit der städtischen Beamten gewahrt bleibe. Er befürchtet, daß die Disziplin und die geregelte Arbeit der

Beamten leidet, wenn die Beamten allen Anfragen jedes Kollegialmitgliedes Folge geben, abgesehen davon, daß die Beamten auch den Kollegialmitgliedern gegenüber von der Amtsverschwiegenheit nicht entbunden seien. Wenn Auskünfte erwünscht seien, sollten sie ausschließlich vom Stadtvorstand verlangt werden, der jederzeit bereit sei, sie zu erteilen. Auch in Stuttgart bestche dasselbe Verbot. Von den Sozialdemokraten wurde der Erlaß aus Zweckmäßigkeits- und Billigkeitsgründen bekämpft, und der Obmann des Bürgerausschusses vertrat die Meinung, daß er auf Grund des Art. 50 der Gemeindeordnung unzulässig sei. Der Stadtvorstand erklärte jedoch, daß er auf seiner Auffassung beharre und jeden Beamten, der dawiderhandle, bestrafen werde.

Ulm, 29. Jan. Der Detaillisten-Verband Ulm-Neu-

Ulm hat in seiner Versammlung beschlossen, in Bezug auf den § 9 Abschn. 2 des Gesetzes gegen den unlauteren Wettbewerb vom 7. Juni 1909, dahin zu wirken, daß fernerhin jedes Geschäft nur noch einen Inventur- und einen Saison-Ausverkauf abhalten darf. Die Termine, zu denen die Ausverkäufe stattfinden, sollen den Bestimmungen der einzelnen Branchen vorbehalten bleiben. Die Dauer eines Ausverkaufs soll 14 Tage nicht übersteigen. Für Ausverkäufe im allgemeinen, im Sinne des § 7 des Gesetzes soll vor ihrer Eröffnung Anzeige erstattet und ein Verzeichnis der Waren vorgelegt werden müssen.

Ulm, 29. Jan. Die Gemeindefolge haben das Angebot eines hiesigen Architekten gegen Abtretung von 1000 Quadratmeter Bauplatz vom Münsterplatz 300 000 Mark zu bezahlen, abgelehnt, weil die Frage der Ueberbauung des Münsterplatzes noch nicht genügend geklärt ist.

Nah und Fern.

Die Staatsanwaltschaft hat eine gerichtliche Sektion des von dem Massenbacher Mädchen neugeborenen und belübtig vergrabenen Kindes angeordnet. Die Sache hat für die Beteiligten schon deshalb einen ziemlichen Haken, weil das Kind entgegen unserer ersten Meldung nicht tot geboren, sondern einige Stunden nach der Geburt eingehandeltermaßen gelebt hat. Es ist fast unbegreiflich, daß die junge Hebamme ihren Anzeigepflichten nicht nachkam. Von dem Befund dieser Sektion hängt man sehr viel ab.

Ein schwerer Unglücksfall erfolgte bei den Kanalisationsarbeiten der eben im Bau begriffenen Pauluskirche in Schwenningen. Der Maurer Ruf, Vater mehrerer Kinder, wurde von einstürzenden Erdmassen bis an den Kopf verschüttet und war nach kurzer Zeit eine Leiche.

Gerichtssaal

Der Herr Prediger.

Stuttgart, 29. Jan. (Schöffengericht.) Der frühere Predigergehilfe Karl Börner von Schornsdorf stand wegen Kreditbetrugs in sechs Fällen vor dem Schöffengericht. Er erschwandte von einer Reihe hiesiger Buchhändler wertvolle theologische Bücher. Er stellte sich als amerikanischer Pastor vor und stößte auch dadurch Vertrauen ein, daß er in der theologischen Literatur großes Kennntnis an den Tag legte. In einem Fall erschwandte er Bücher im Wert von 112 M., in einem anderen Fall wurden ihm einige Bücher ohne Bezahlung überlassen, weil er zugleich Bücher im Wert von 90 M. auf Nachnahme bestellte. Auch des Eintreibbetrugs machte er sich schuldig. In zwei Fällen mietete er als angehöriger Student der Theologie und Pastor ein Zimmer und verschwand nach einiger Zeit ohne zu bezahlen. Der Angeklagte war früher Predigergehilfe bei den Methodisten und später bei den Baptisten und will zuletzt Pastor in Amerika gewesen sein. Er wurde zu einem Monat fünfzehn Tagen Gefängnis verurteilt. Es liegen noch weitere Anzeigen gegen ihn vor.

Die falsche Braut.

Stuttgart, 28. Jan. (Strafkammer.) Die schon vielfach wegen Betrugs, darunter mit Zuchthaus verurteilte ledige Johanna Brechtmaier von Mündingen, belog einen Glaschleifer, sie habe ein Vermögen von 10 000 Mark und bestimmte diesen dadurch, mit ihr ein auf Heirat abzulesendes Verhältnis anzugehen. Der junge Mann reiste mit ihr nach Wien, um bei seinen Eltern Hochzeit zu machen. Die Angeklagte zeigte ihrem „Bräutigam“ einen gefälschten Brief, in dem von dem Vermögen die Rede war, auch schrieb sie in seiner Gegenwart einen Brief an den angeblichen Vermögensverwalter. Als dieser Brief als unbestätigt zurückkam, wurde der Glaschleifer mißtrauisch. Durch Vorspiegelungen wußte sie ihn jedoch wieder zu bestimmen, das Verhältnis fortzusetzen und mit ihr nach Stuttgart zu reisen. In Wien hatte sie mehrere Wochen aus Kosten ihres Bräutigams gelebt. In Stuttgart erschwandte sie von ihm 110 Mark. Der junge Mann erfuhr schließlich auf eine Anfrage beim Schultheißenamt in Mündingen, daß seine Braut eine Betrügerin sei. Die Strafkammer verurteilte die Schwindlerin zu einem Jahr Zuchthaus.

Bermischtes.

Ein bestialischer Mord.

Aus Galizien wird wieder einmal eine Schauergerichte gemeldet. Danach hatte in der Ortsgemeinde Jafawna der dortige Friedhofswächter Maxim Domansky seine Geliebte Sando Szolugan in bestialischer Weise ermordet. Infolge eines häuslichen Streites, der zwischen beiden ausbrach, ergriff Domansky eine harte, lederne Reitpeitsche und prägelte die Szolugan, bis sie benutzlos zusammenbrach. Dann band er sie an Händen und Füßen und henkte sie kopfabwärts an die Dedebalken. Er riß ihr die Kleider vom Leibe und verbrannte ihr den ganzen Körper mit einem rotglühenden Eisen. Ein Nachbar, welcher die Türe versperrt fand, alarmierte die Nachbarschaft, welche durch das Fenster eindrang. Domansky hatte jedoch inzwischen durch einen rückwärtigen, in einen Garten führenden Ausgang die Wohnung verlassen und sich geflüchtet. Trotz sofortiger Nachforschungen konnte die Polizei seiner nicht habhaft werden. Die Leiche der zu Tode gemarterten Frau wurde in die Totenkammer transportiert.

Konkurrenz-Eröffnungen.

Emanuel Eßlein, Kaufmann in Stuttgart, Steinstraße 9, Inhaber der Firma E. Eßlein's Kleidermanufaktur zur Kirchstraße in Stuttgart, angefr. 9.
Carl, Ferdinand, Schuhmacher in Vorch.

Fortsetzung.

Bei der Abfuhr von städtischem Stammholz aus der neuen Steige oberhalb der Villa Eden durch Fuhrmann Frey Keller in Calmbach ging ein Stamm Langholz durch und verursachte erhebliche Beschädigungen an der Villa Eden und an einem daneben liegenden Grundstück. Der Gesamtschaden betrug 345 Mk., wovon der Keller 86 Mk. 90 Pf. und dessen Haftpflichtversicherungsgesellschaft 278 Mk. 10 Pf. zu tragen hatten. Keller behauptet, außerdem noch einen Schaden von ca. 55 Mk. erlitten zu haben und bittet, ihm einen Teil des Schadens aus der Stadtkasse zu erlassen. Er macht hierbei geltend, daß das Holz nicht ordnungsmäßig angeliefert gewesen sei, weshalb auch die Stadtgemeinde eine Verantwortung an dem Unfall treffe. Nach der Äußerung des Forstamts Meisters trifft dies aber nicht zu, sondern es ist der Unfall allein der Unvorsichtigkeit der Fuhrleute zuzuschreiben. Es wird daher beschlossen, das Gesuch des Kellers abzulehnen.

Die Herstellung eines Abflusses und Lozes in dem Durchgang der unteren Bergbahnstation Geh. Nr. 3 52 mit einem Aufwand von 315 Mk. aus Bergbahnmitteln wird von den Gemeindefolgegen zur Ausführung genehmigt und das Stadtbauamt mit der Vergebung dieser Arbeit im öffentlichen Aufsteig beauftragt.

Infolge einer Anfrage der Bergbahnverwaltung wird von den Gemeindefolgegen beschlossen:

1. An die im Besitze von Freikarten befindlichen Personen (Gründeraktionären etc.) Zusatzabonnements mit ermäßigter Tage laut Tarifs für die in dauernder häuslicher Gemeinschaft mit ihnen lebenden Personen und für ihre Kinder ohne eigenen Hausstand zu verabfolgen.
2. Zu bestimmen, daß Zusatzabonnements im Uebrigen nur für solche Personen gelöst werden können, die in dauernder häuslicher Gemeinschaft mit einem Abonnenten leben und für Kinder von Abonnenten, solange erstere noch keinen eigenen Hausstand haben.
3. den an der Rodelbahn beschäftigten Arbeitern gegen Vorlegung eines Ausweises des Stadtvorstands beim Zugang und Abgang von der Arbeitsstelle freie Fahrt auf der Berg-

bahn zu gewähren und die zur Instandhaltung der Rodelbahn und der Hütte erforderlichen Materialien, einschließlich Brennmaterial und Gerätschaften, unentgeltlich zu befördern.

4. dem Stadtbauamt Munt und Bauwerkmeister Hildenbrand bis auf Weiteres freie Fahrt auf der Bergbahn zu gewähren;

5. die unentgeltliche Beförderung von Brennmaterial und Lebensmitteln für die Familie des Maschinenmeisters Walter zu genehmigen.

Infolge einer Anfrage erläßt der Stadtvorstand, daß die Fertigung der Steuerumlage und die Auszahlung der Bürgerumlage heuer dadurch verzögert worden seien, daß die neu festgestellten Gebäudesteueransätze erst am 11. Dez. vom Kgl. Bezirkssteueramt dem Verwaltungsaktuar übergeben worden sind. Seither werde ununterbrochen und in beschleunigter Weise an der Steuerumlage gearbeitet und sie werde bis nächsten Mittwoch fertig, so daß dann der Auszahlung der Bürgerumlage, auf die nach Mitteilung des Stadtpflegers übrigens schon über 4000 Mk. Vorkasse geleistet worden sind, kein Hindernis mehr im Wege stehe.

Es werden noch 4 menachen, verschiedene Schägungen, Dekreturen, ein Baugesuch und mehrere kleinere Gegenstände erledigt.

Eingekandt.

Für die unter dieser Rubrik stehenden Artikel übernimmt die Redaktion nur die prägedesliche Verantwortung.

Am letzten Sonntag war auf der neuen Rodelbahn Hochsaison und hatten Rodel- und Bergbahn einen kolossalen Andrang zu bewältigen. Die Bergbahn erledigte ihre Aufgabe im Großen und Ganzen vorzüglich. Mancher Rodler mußte allerdings ab und zu mit schweren Herzen zusehen, wie ihm der vollbesetzte Wagen direkt vor der Nase wegfuhr. Etwas ärgerlicher erging es jenen die mit Not in dem Wagen unterlauft fanden und dann oben erfahren mußten, daß ihr Rodel den Kurs verfehlt. Desteis erreichte auch der Schlitten den Anschluß, dessen Besitzer dagegen nicht und hand dieser allein da, verlassen von seinem Liebsten. Alle auf diese Weise heimgejuchten durften dann noch bitter erfahren: „Wer den Schaden hat, braucht für den Spott nicht zu sorgen“. Diese kleinen Reiserlebnisse entschädigte jedoch die Rodelbahn, denn sie war anfangs brillant. Leider war solche den gestellten Anforderungen nicht ganz gewachsen und konnte dies auch nicht möglich sein, denn mit vollständig

ausgerüsteten Nordinstrumenten wurde ihr zu Leib gegangen. Schreiber dieses meint die Schlitten mit Bremsen und möchte hinit an den verehrl. Wintersportverein die Bitte richten diese Foltern der Bahn vollständig zu verbieten. Anfangs war die Bahn vorzüglich, wurde jedoch in einigen Stunden nahezu ganz zusammengefahren. Die Schuld hievon ist nur den Bremsen auf das Konto zu schreiben und stellen diese die tiefen Furchen her. Wäre keine Bremse benutzt worden, wäre die Bahn immer besser eingefahren worden u. könnten jene die am Montag kommen auch noch mit Vergnügen rodeln, was so nicht der Fall ist. Die Rodelbahn ist so gut angelegt, daß nicht die geringste Gefahr vorhanden ist und kann jedes ohne Bremse sicher durchkommen. Der beste Beweis hiesfür ist, daß am Sonntag 85-90%, darunter viele Damen und sogar Kinder, vorzüglich ohne Bremse gefahren sind. Wenn diese verboten werden erspart sich der Wintersportverein viel Geld und Unannehmlichkeiten, denn jetzt muß die Bahn wieder frisch hergerichtet werden und wird trotzdem nicht durchaus so fest wie sie eingefahren worden wäre, wenn sie nicht mit Gewalt den Todestoß erhalten hätte. Man wird mir nun fragen es kommen Auswärtige mit so verhängnisvollen Schlitten, diese können, wenn einmal am Platze, nicht abgewiesen werden. Solche Schlitten führen eine kleine Zahl und können auf den veränderten Plätzen ganz gut bewerkelt, daß im Interesse der Rodler alle Arten von Schlitten mit Bremsen nicht benutzt werden dürfen. Es wurde am Sonntag allgemein bitter darüber geklagt, daß die Bahn so schnell ruiniert wurde und wären dem Wintersportverein Hunderte dankbar, wenn er den Anregungen dieser Zeiten Folge leisten würde.

* Am Samstag regelmäßig, sowie am 24. März, verkehren auf den Strecken Pforzheim-Neuenbürg, Bahnhof und Pforzheim-Unterreichenbach folgende weitere Züge:

1. Pforzheim ab 5.00 Uhr Nm.
Neuenbürg Bf. an 5.31 Nm.
2. Pforzheim ab 4.55 Nm.
Unterreichenbach an 5.26 Nm.

je auf sämtlichen Zwischenstationen anhaltend.

Diese Züge dienen hauptsächlich den infolge der achtstündigen Samstagarbeit der Frauen um 4.30 Nm. die Arbeit schließenden Arbeitern und Arbeiterinnen zur Heimfahrt.

Kaiser-Otto Hafermehl das Beste für Kinder u. Kranke

Wildbad.
Vergabung von Bauarbeiten.
Am **Mittwoch, den 2. Februar 1910,**
Vormittags 11 Uhr
werden die **Schreiner- und Schlosserarbeiten**
zu einer **Halle** an der unteren Bergbahnstation im öffentlichen Aufsteig, auf dem Rathaus vergeben.
Zeichnung und Voranschlag liegen auf dem Stadtbauamt zur Einsicht auf.
Wildbad, den 31. Januar 1910
Stadtbauamt:
Munt.

Rodelschlitten
sowie Rodelsporn
empfiehlt
Fr. Treibor.

Geschwister Horkheimer
empfehlen
Neueste
Kleider- und Blusenstoffe
Futterstoffe und Bekleidartikel in großer Auswahl,
abgepaßte gestickte Kleider und Blusen
Billige Preise
Prachtvoll ausgestattete Musterkollektion.



Jagdwesten
für Knaben u. Herren
von Mk. 1.60 bis Mk. 12.00,
in großer Auswahl
Fantasie-Westen,
Sweaters usw.
Philipp Bosch,
:: Wildbad. ::

Saison 1910.
Zur Vermittlung von Personal für
Hotel und Privatpensionen
empfiehlt sich
Frau Lina Frank, Stellenvermittlung.
Esslingen a. N. Bahnhofstr. 28. II

Eine Wohnung
von 2-3 Zimmer per 1. April oder
später zu mieten gesucht.
Zu erfragen in der Exp. [20]



Spratt's
Hundekuchen
und
Rückenfutter,
allein echt bei
Hans Grundner,
Drogerie.

Bauplatz
64 Ar, in Schönbürg, schönste
Lage, qu. 2.50 Mk., zu ver-
kaufen.
Auch für Gärtner geeignet.
Näheres bei
Hermann Rothfuß, Sattlermeister.
- Wildbad. -

Scotts Emulsion
empfiehlt
Drogerie und Sanitätsbazar
Hans Grundner.

Marie Gehrum,
Schuhwaren,
früheres Geschäft von
:: Leo Mändle ::
Deimlingstr. Pforzheim, Ecke Markt
Nur erst affige
erprobte Fabrikate!
:: Reparatur-Werkstätte ::

Weiss- und
Rot-Weine
(über die Straße) in verschiedenen
Preislagen empfiehlt
Fr. Kessler
Weinhandlung.

Zwei Zunderhaltene
Holz-Oefen
habe billig abzugeben.
Georg Rath.

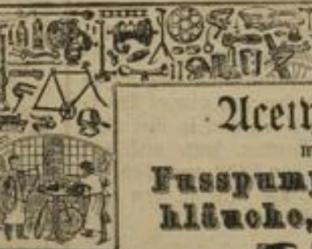
Visitenkarten
fertigt an Hofmanns Buchdruckerei.



Einschreiben
in Ihr Gedächtnis müssen Sie sich, daß es lose
ausgewogenen Kathreiners Malzkaffee nicht gibt. Zwischen
Malzkaffee und Malzkaffee ist ein Unterschied wie Tag und Nacht!
Eoser Malzkaffee ist vielfach weiter nichts wie gebrannte Gerste.
Der echte Kathreiners Malzkaffee kommt nur in geschlossenen
Paketen mit Bild des Pfarrers Kneipp zum Verkauf und bietet
die sicherste Garantie für Wohlgeschmack und Reinheit. Man
achte auf die bekannte Packung, es gibt Nachahmungen!

Letzte große Stuttgarter
Geld-Lotterie
zu Gunsten des Umbaus der Fiederhalle in Stuttgart,
Ziehung am 16. März 1910.
Lose à 2 Mk., 6 Lose 11 Mk., 11 Lose 20 Mk.
2029 Geldgewinne mit 60000 Mk.
Hauptgewinn 30000 Mk., 6000 Mk., 2000 Mk.
C. W. Bott.

Empfehle in großer Auswahl:
wasserdichte Touren- und
Rodel-Stiefel, Samaschen
usw., für Herren und Damen.
W. Treibor,
Schuhmachermeister.



Um mein Lager
zu räumen
werden
Acetylen-Laternen
mit Selbstzänder,
Fusspumpen, Mäntel und
Aluoch, Reparaturkästen
Carbid
ausnahmsweise billig abgegeben.

Heinrich Bott.
Flaschenbier.
Vorzügliches Flaschenbier, hell und dunkel, in großen und kleinen
Flaschen, direkt vom Lagerfaß auf Flaschen gezogen, empfiehlt
Wetzel, Rennbachbrauerei.